

Braunshardt ● Gräfenhausen ● Riedbahn ● Schneppenhausen ● Weiterstadt

**Bleibt gesund
und helft einander!**



Straßenbahn nach Weiterstadt

Heute so aktuell

.....wie vor über 30 Jahren



oben: Designstudie von Stadler zu den neuen ST15-Bahnen der HEAG mobilo mit freundlicher Unterstützung zur Verfügung gestellt von Heag mobilo, Pressestelle
unten: Sticker der ALW in Weiterstadt verteilt bereits im Jahr 1989

Inhalt

- Haushalt 2020
- Schlechte Planungen im Kindertagesstättenbereich
- Die Zusammenarbeit der ALW und Bündnis 90 / Die Grünen
- Mobilitätswende
- Straßenbahn nach Weiterstadt
- Klimanotstand auch in Weiterstadt
- Ökomodellregion SÜD
- Umwelt- und Klimakatastrophe
- Klimawandelleugner
- Wir agieren gemeinsam
- Das Grundgesetz

Mehr und die ausführlichen Textbeiträge dieser Ausgabe des Knackpunktes auf:

www.alw-weiterstadt.de
www.gruene-dadi.de/kreisverband

Nr.
77

Knackpunkt
3/2020

Haushalt 2020

Steuererhöhung und hohe Ausgaben

Die ALW kritisiert die Vorgänge bei der Einbringung des Haushaltes auf's Schärfste. Wir fragen uns, ob der Bürgermeister mit der Aufstellung des Haushaltes überfordert ist. Anders lässt sich seine dilettantische Vorgehensweise nicht erklären. Von Anfang an haben wir darauf hingewiesen, dass es keine gute Idee ist, den Haushalt einzubringen, bevor belastbare Orientierungsdaten des Landes Hessen vorliegen. Zudem war bekannt, dass die endgültigen Daten für Weiterstadt schlechter ausfallen würden als die vorläufigen Orientierungsdaten.

Der Bürgermeister legte trotzdem den Haushalt im November vor. Schnell war klar, es fehlt ihm an Substanz und er war nicht genehmigungsfähig. Es wurden einige Zahlen korrigiert, Einsparlisten vorgelegt und letztlich der gesamte Haushalt vom Bürgermeister zurückgezogen. Professionalität sieht anders aus.

Der neu eingebrachte Haushalt wurde im März beschlossen. Er bringt den Weiterstädter*innen eine Grundsteuererhöhung von 55 Prozentpunkten, das sind rund 15 % mehr. Das obwohl die höchsten je erzielten Einnahmen innerhalb eines Jahres erwartet werden. Besonders ärgerlich ist, trotz Grundsteuererhöhung wird an den Straßenbeiträgen festgehalten wird. Dies ist mit der ALW nicht zu machen. Die ALW beantragte eine Erhöhung der Gewerbesteuer, die von der Mehrheit des Parlamentes abgelehnt wurde.

Statt dessen sollten größere Anstrengungen unternommen werden, Ausgaben zu sparen und nicht durch Steuererhöhungen noch mehr Geld zu generieren. Gegen unseren Willen ist beispielsweise auch geplant, die Eltern schulpflichtiger Kinder bei der Ferienbetreuung durch höhere Gebühren zur Kasse zu bitten. Mit sozial hat das reichlich wenig zu tun. Diesen Haushalt lehnte die ALW ab.

● MG

Schlechte Planungen im Bereich der Kindertagesstätten

Vorhandene Engpässe verschlimmern sich weiter

Manchmal ist es traurig, wenn man Recht behält – so geschehen mit dem gemeinsamen Antrag von CDU und ALW: „Ausweg aus der Betreuungsmisere/dem Betreuungsnotstand – Erstellung eines verlässlichen Konzeptes für die langfristige Betreuung für Kinder unter und über drei Jahre“ vom März 2017. Da war schon klar, dass die vorhandenen Kapazitäten nicht ausreichen. Doch bedauerlicherweise wurde wenig bis gar nichts unternommen. Im Gegenteil, uns wurde „Panikmache“ vorgeworfen. Nun stehen wir vor folgender Situation:

- Vergabe von Betreuungsplätzen nach sozialen Kriterien
- Beschränkt geeignete Gebäude müssen angemietet werden
- Rasanter Anstieg der Baukosten des Neubaus KiTa Schlossschänke
- Kaum Fortschritt bei den Planungen der KiTa Riedbahn

Leider besitzt die Stadt fast keine eigenen bebaubaren Grundstücke mehr. Sie wurden unter Bürgermeister Möller fast alle verkauft. Das Grundstück in der Ludwigstraße 43 in Braunshardt unbebaut. Wie schön wäre es jetzt, ein innerstädtisches freies Grundstück für einen Kindergarten zu besitzen! Die ALW ist sich sehr bewusst, dass Eltern in Weiterstadt auf Kindergartenplätze angewiesen sind und trägt deshalb – teilweise zähneknirschend – Entscheidungen mit, um überhaupt Plätze zu schaffen und so der größten Not entgegen zu wirken. Allerdings sieht eine gute, weitblickende Politik für Eltern in Weiterstadt anders aus.

● BB



Spende

Unsere Spende geht an den Sozialfonds der Stadt Weiterstadt. Mit den Geldern werden benachteiligte Kinder in Weiterstadt unterstützt.

Zusammenarbeit ALW – BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Kommunalpolitik gemeinsam gestalten

Wir treten für ein soziales, ökologisches und ökonomisches Gleichgewicht ein. Nachhaltige Grundsätze sind für uns selbstverständlich. Wir setzen uns für klimaschonende Mobilität ein. Wichtig ist die Zusammenarbeit von Kommunal- und Landkreispolitik zum Thema „Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs bei gleichzeitiger Verbesserung der Strukturen des Individualverkehrs“. Das betrifft auch die Straßenbahn, Radwege und ICE-Strecke. Wir wollen die ökologisch-regionale Erzeugung von Lebensmitteln voranbringen. Die Herausforderungen des Klimawandels sollen angenommen und ressourcenschonende zukunftsorientierte Projekte zur Wertschöpfung in der Region angestoßen werden.

Der Ausbau alternativer und regenerativer Energien ist dringend erforderlich. Energieeinsparungen durch umweltfreundliche Dämmung und durch neuartige haustechnische Anlagen müssen bei allen Neubauten und Renovierungen städtischer Gebäude erzielt werden. Wir setzen uns bei der Entwicklung von Siedlungsgebieten dafür ein, dass dort Maßnahmen zur Gewinnung von regenerativer Wärme und Strom zum Standard werden. Neue Siedlungsgebiete in Weiterstadt sollten klug und vorausschauend gestaltet und entwickelt werden. Dazu gehört die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, auch in bestehenden Siedlungsgebieten.

Sozial handeln heißt für uns ein soziales Miteinander fördern und die Umwelt familien- und kinderfreundlich gestalten. Jeder Mensch sollte in einer inklusiven Gesellschaft Chancengleichheit und Teilhabe erfahren dürfen und können. Wir begrüßen die Förderung kultureller



Vielfalt sowie die Förderung sozialer und sportlicher Aktivitäten und unterstützen die Erhaltung bestehender und die Entwicklung neuer Gemeinschaftseinrichtungen. Die Schullandschaft sollte als moderne Lern- und Lebenswelt geschaffen sein und werden, in der Lernen Spaß macht und gute Bildung ermöglicht wird. Hier geht es auch um die Begleitung beim Bau der neuen Grundschule und deren konzeptionelle Mitgestaltung.

Es ist unser Anliegen dem zunehmenden Rassismus, Antisemitismus und der Bereitschaft, nicht nur in den sozialen Medien faschistisches Gedankengut zu verbreiten, die Stirn zu bieten.

Unsere deckungsgleichen Ziele und die Bündelung der Aktiven und Wähler*innen sind für BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und die ALW Anlass zur Zusammenarbeit., So entsteht ein sinnvolles und zukunftsorientiertes gemeinsames Engagement für Weiterstadt. ● SB

Für alle, die es gerne alternativ und grün möchten

Wir suchen Sie!

ALW und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN möchten zur Kommunalwahl 2021 mit einer starken Liste antreten. Dazu brauchen wir Menschen mit Engagement und Ihren Ideen. Gemeinsam wollen wir Politik auf kommunaler Ebene gestalten und laden dazu herzlich ein. Zukunftsweisende Entscheidungen werden in den Parlamenten getroffen.

Wenn Sie unsere Grundsätze und Ziele mittragen und daraus wirkungsvolle Kommunalpolitik machen möchten, dann sind Sie bei uns richtig. Mehr dazu auf:

www.alw-weiterstadt.de

www.gruene-dadi.de/kreisverband

www.facebook.com/alternativelisteweiterstadt

Ansprechpartner*innen:

Birgit Becker (ALW) E-Mail birgitbecker2@gmx.net

Simone Brodrecht (B'90/DIE GRÜNEN) gruene@alw-weiterstadt.de

Dr. Barbara Pohl (ALW) E-Mail barbara.drpohl@go4more.de

Gunter Wächter (ALW) E-Mail gwaechter@alw-weiterstadt.de

Heinz-Ludwig Petri (ALW) petri.g.hl@t-online.de

Unsere Fraktionssitzungen sind öffentlich und auch bei unseren Veranstaltungen freuen wir uns über großes Interesse und Teilnahme. Die nächsten Termine stehen auf der Seite 8.

Mobilitätswende

Brauchen wir sie in Weiterstadt?

Eindeutig ja. Weiterstadt liegt mitten im hoch verdichteten Lebens- und Wirtschaftsraum Rhein/Main/Neckar.

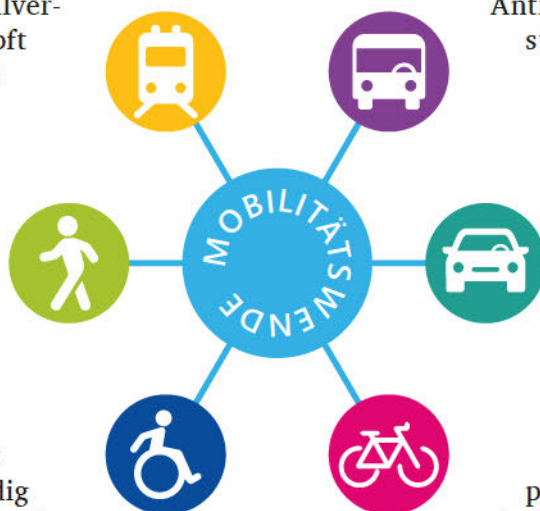
Zugung und wirtschaftliche Entwicklung gehen ungebremst weiter.

Automobiler Individualverkehr dominiert, verstopft Straßen und raubt die Zeit. Viele würden gerne auf andere Verkehrsmittel umsteigen. Wenn, ja wenn nur passende und preiswertere und komfortable Alternativen vorhanden wären.

Sichere und angenehme Radwege, außerorts zudem schnell und direkt zur Arbeit sind notwendig. Nicht ständig von parkenden Autos zugestellte Gehwege für Zufußgehende, egal in welcher Lebenssituation sie sich befinden, müssen vorhanden sein. Preiswerte, gut vernetzte und abgestimmte ÖPNV-Angebote sind ein Muss. Eine Stadtbushlinie und weitere direkte Busverbindungen z. B. nach Griesheim oder Arheilgen sollten das vorhandene System ergänzen. Dazu gehört

auch die Straßenbahn mit ihrem attraktiven Fahrkomfort und der größeren Transportkapazität.

Anfang 2019 hat die ALW diese Themen mit Anträgen aufgenommen. Mit dem Antrag „Nahmobilität – Weiterstadt läuft und dreht sich“ werden Maßnahmen vorgeschlagen, die Weiterstadt zu einer Wohlfühlstadt für Radfahrende und Zufußgehende machen soll. Mit unserem Antrag „ÖPNV Verkehrswende auch in Weiterstadt“ wurde der Magistrat beauftragt, neue ÖPNV-Angebote einschließlich der Straßenbahn mit der DADINA zu prüfen. Es bieten sich Carsharingmodelle und Lastenradverleih für zwingende Transportfahrten an.



Zur Bewältigung der Herkulesaufgabe Mobilitätswende müsste „Mobilitätsmanagement“ zur Chefsache gemacht werden. Vergleichbare Kommunen machen das Weiterstadt schon längst vor. ● HLP

Straßenbahn nach Weiterstadt

Es wird höchste Zeit

Der Landkreis DADI und die Stadt Darmstadt hatten für Mitte Dezember 2019 zu einem Verkehrsgipfel eingeladen. Eindeutiger Tenor im Ergebnis dieses Gipfeltreffens war, dass der Ausbau des regionalen Schienenverkehrs eine hohe Priorität haben muss. Die Aufnahmekapazität für den Busverkehr ist im Stadtgebiet Darmstadt erreicht. Während im Ostkreis aus formalen Gründen die finanzielle Förderung durch Bund und Land derzeit noch in Frage steht, kann Weiterstadt diese Bedingung erfüllen. Der volkswirtschaftliche Nutzen muss größer sein als die Kosten, der rechnerische Faktor somit größer als der Wert 1. Dies ist in einer Nutzenkostenuntersuchung (NKU) nachzuweisen.

Vor über 30 Jahren, bei den Kommunalwahlen 1989, war das Thema Straßenbahn eine Forderung der ALW. 2001 gab es dann die erste Studie,

die einen positiven Nutzenkosten-Faktor für dieses Projekt in Aussicht stellte. Dies wurde 2006 in einem Gutachten bestätigt. Auch die Machbarkeitsstudie 2019 belegte die Sinnhaftigkeit dieses Projektes zur dringend erforderlichen Mobilitätswende erneut und hat je nach Variante einen positiven Nutzenfaktor von 1,27 ermittelt.

Nach mehr als 30 Jahren ist es unverständlich, dass die SPD Weiterstadt immer noch meint, das Projekt würde überstürzt in Angriff genommen werden. Unverständlich ist auch das Kostenargument bezüglich der Ertüchtigung der Hochtanner Brücke. Bereits 2010 ist die Deutsche Bahn AG auf die Stadt mit dem Hinweis zugekommen, dass diese Brücke im Zuge der ICE-Planung ersetzt werden muss. Hier ist zögerliches Handeln unangebracht, ganz im Gegenteil sind hier kostenmä-



So könnte eine Straßenbahn in der Darmstädter Straße aussehen. Bild: MM

ßige Synergien mit den DB-Kosten zur ICE-Strecke zu sichern. Soll die DB zunächst eine Fuß- und Radwegbrücke neu bauen, die Weiterstadt später erneut durch eine kombinierte Tram- und Radweg-Brücke ersetzt? – Schilda ließe grüßen.

Planung und Bau einer Straßenbahnlinie müssen gründlich vorbereitet werden und benötigen in der bautechnischen Umsetzung Zeit. In den vergangenen 30 Jahren, in denen in Weiterstadt diskutiert wurde, sind im Umfeld von Darmstadt mehrere Straßenbahnlinien ausgebaut worden: Nach Arheilgen-Nord und nach Alsbach-Süd. Überall dort gab es kritische Stimmen und Probleme, die gelöst werden mussten – und auch konnten! Die genannten Bahnverlängerungen haben jeweils mit individuellen Lösungsansätzen zum Erfolg geführt. Die Straßenbahn wurde in den genannten Ortsteilen erfolgreich angenommen. Wir in Weiterstadt müssen unser Straßenbahnprojekt gemeinsam mit DADINA angehen und für schwierige Situationen Lösungen finden. Daher ist es zu begrüßen, dass der Kreis Darmstadt-Dieburg, die Stadt Darmstadt und HEAGmobilo eine Planungsgesellschaft gründen werden, die mit reichem Erfahrungsschatz die anspruchsvolle Streckenplanung realisieren kann.

Sicherlich ist dies ein kostenintensives Projekt. Es sind aber auch viele Schultern, die dies gemeinsam tragen können. Eine Verteilung für die in unserer Gemarkung anfallenden Kosten wird in weiteren Schritten mit Kreis und DADINA zu klären sein. Mit erheblichen Anteilen beteiligen sich Bund und Land mit bis zu 80 % der förderfähigen Kosten. Weitere Kostenträger, z.B. die Deutsche Bahn mit anteiligen Brückenkosten sind zu aktivieren.

Die Machbarkeitsstudie 2019 geht von einer Straßenbahnverbindung von Braunshardt (Unterführung Forststraße) entlang der DB zum Bahnhof

Weiterstadt, über Bahnhofstraße, Darmstädter Straße, nach ebener Kreuzung der B42 zur Hochtanner Brücke, über die Straße am Dornbusch (partiell über Strabag-Gelände) zur Ried- bzw. Riedbahn Straße und von dort auf Darmstädter Gemarkung Mainzer Straße, Waldkolonie zum Hauptbahnhof und Linienweiterführung in die Innenstadt aus. Das Linienende könnte dann z.B. am Böllenfalltor oder in einem anderen Stadtteil liegen. Diese Beschreibung ist nicht abschließend und wird sicherlich im anstehenden Planungsprozess noch modifiziert werden.

Insgesamt investiert auch HEAGmobilo in Betriebsanlagen und neue Fahrzeuge, um den bereits hohen Fahrkomfort der modernen Straßenbahnfahrzeuge weiter zu steigern. Im Zuge dieser ÖPNV-Planung werden auch die Buslinien angepasst. So sieht die Machbarkeitsstudie eine Stadtbuslinie vor, die die Verknüpfung zum Bahnhof und zur Straßenbahn herstellt und ähnlich der heutigen WE-Linien die nördlichen Ortsteile mit dem Schulcampus verbindet und weiter bis in den Ortsteil Riedbahn durchgehend geführt wird.

Die neue Weiterstädter Straßenbahnlinie wird ein Meilenstein auf dem Weg zur Mobilitätswende sein. Die Machbarkeitsstudie kann auf der Internetseite der DADINA heruntergeladen werden:

www.dadina.de/projekte/strassenbahn-weiterstadt

● MM

Klimanotstand auch in Weiterstadt

Er macht an den Stadtgrenzen nicht halt

Am 28.11.2019 hat das EU-Parlament in Straßburg für die EU als erster Kontinent den Klimanotstand ausgerufen. Seitdem darf kein Antrag mehr beschlossen werden, der das Klima schädigt. Anträge müssen unter Klimavorbehalt eingebracht werden, das heißt, dass die negativen Auswirkungen für unsere folgenden Generationen benannt werden. Politiker*innen müssen beweisen, dass die eigenen Anträge klimaneutral oder sogar klimaschützend sind. Und nur aus diesem Grunde sind Anträge beschlussfähig. Die Kommune hat eine große klimapolitische Macht. Für Weiterstadt heißt das zum Beispiel, dass sich die Kommune aktiv bei neuen Baugebieten für die Senkung und Kompensierung von CO₂ Emissionen einsetzt und alternative Bauvorhaben bevorzugt, wenn sie nachhaltiger und gesünder für die Umwelt der Weiterstädter Bevölkerung sind. Das ist verantwortungsvolle Politik und die ALW wird das leisten. Wir ...

... wünschen, dass Kommunalpolitiker*innen das veränderte Klima als ein übergeordnetes Thema sehen, denn der Klimawandel beein-

flusst all unsere kommunalen Aufgaben und Entscheidungen.

... wünschen, dass alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates, egal welcher Fraktion sie angehören, einschließlich des Bürgermeisters, jede ihrer politischen Entscheidungen unter Klimavorbehalt stellen.

... fordern, dass sich der Magistrat an seine Verpflichtung zur E-Mobilität hält und keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren, insbesondere keine Dieselfahrzeuge, anschafft.

... erwarten, dass sich Weiterstädter Landwirtschaft wieder natürlichem und vernünftigem Landwirtschaften zu wendet.

... erwarten den weitestgehenden Verzicht auf Plastik jeder Art, ob in der Landwirtschaft oder in den Weiterstädter Supermärkten, weil Plastik unsere größte Plage ist und immer mehr Folien unsere Weiterstädter Umwelt und unsere Gesundheit belasten.

Nur so geht Klimapolitik! Wir können jetzt damit anfangen und der Vernunft folgen. ● BB

Ökomodellregion SÜD

Ausweitung ökologischer Produktion bei Förderung regionaler Wertschöpfungsketten

2019: Die Projektgruppen in den Landkreisen Darmstadt-Dieburg, dem Odenwaldkreis, dem Kreis Groß-Gerau und der Wissenschaftsstadt Darmstadt nehmen mit viel Engagement und Initiative Ihre Arbeit auf. Im Zuge vielseitiger Veranstaltungen, Projektarbeiten und Workshops bauen sich Dialoge, nicht zuletzt mit der Unterstützung von Fachleuten und Marktexperten, sowie eine konstruktive Auseinandersetzung mit Möglichkeiten auf. So wünschen und suchen auch teilnehmende Landwirte und Imker eine Kommunikation und respektvollen Umgang innerhalb einer guten Zusammenarbeit. Die Öko-Modellregion SÜD, von der hessischen Landwirtschaftsministerin Priska Hinz im Sommer 2018 initiiert, stellt eine von vier Regionen in Hessen dar.

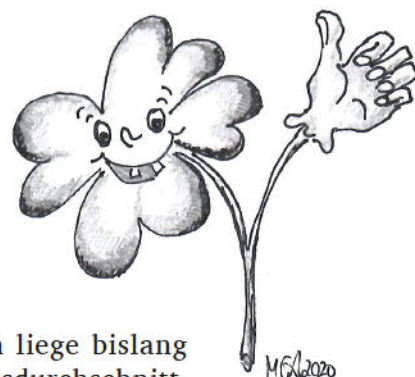
In Südhessen bestehe eine hohe Nachfrage nach ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln und daraus ergebe sich ein riesiger Absatzmarkt für Bio-Produkte, so die Koordinatoren des Ökolandbau

Modellregion SÜD. Der Anteil ökologisch wirtschaftender Betriebe in Südhessen liege bislang noch unter dem Landesdurchschnitt, erhöhe sich jedoch stetig.

Bündnis 90 / Die Grünen und die ALW begrüßen den Aufbau und Ausbau eines Dialoges zwischen Erzeuger*innen und Verbraucher*innen sowie den fachlichen Austausch.

Für Interessierte finden sich entsprechende weiterführende Informationen und Ansprechpartner*innen, die Möglichkeit zu partizipieren und aktuelle Veranstaltungen sowie Diskussionsforen zu besuchen unter

www.oekomodellregionen-hessen.de/region/sued/ ● SB



Umwelt- und Klimakatastrophe

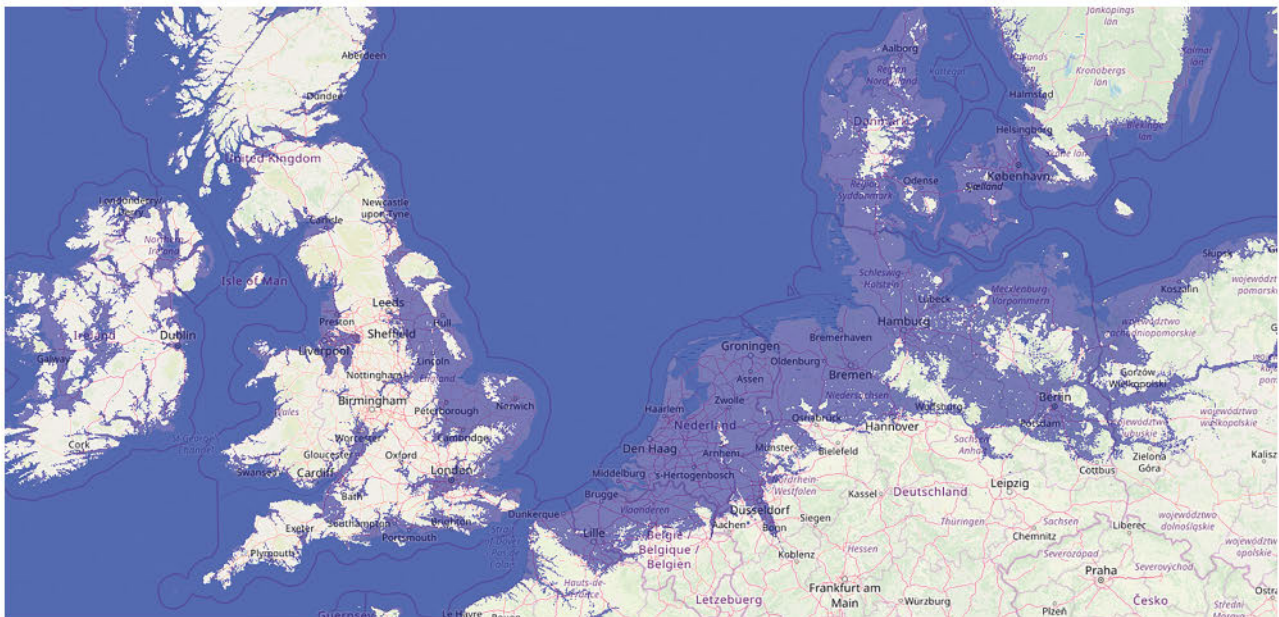
Wenig tun reicht nicht aus

Viele sprechen davon, kaum einer tut etwas dagegen. Global gesehen schreitet dieser, unser einziger Planet auf dem wir leben können in einen für die Menschheit katastrophalen Zustand hin.

Immer mehr Wissenschaftler*innen sprechen davon, dass es für das Auftauen der Permafrostböden in Kanada, Skandinavien und Sibirien keine Bremse mehr gibt. Dadurch werden riesige Mengen an CO₂ und Methan freigesetzt (Methan ist ca. 20mal klimaschädlicher als CO₂) was den

Treibhauseffekt noch verstärkt. Durch Abschmelzen des Antarktischen und Grönländischen Eises sowie der großen Gletscher kann der Meeresspiegel bis 70 m ansteigen.

Wenn wir es nicht fertigbringen, den Klimawandel zu stoppen werden selbst in Westeuropa Gebiete unbewohnbar, z. B. die Iberische Halbinsel. Da hilft auch kein lächerliches Klimapaketchen à la BRD mehr. ● HG



Prognostizierter Küstenverlauf bei Anstieg des Meeresspiegels um 60 m bei Abschmelzen des Grönländischen Eises und der Gletscher. ©OpenStreetMap contributors. ©2006–2018 AlexTingle. NASA flood.firetree.net/?ll=54.0000,-2.4000

Alles halb so schlimm?

Es gibt einige, die den menschengemachten Klimawandel leugnen. Obwohl 99% der Wissenschaftler klar erklären, dass der jetzige Klimawandel menschengemacht ist und bei Überschreiten der +2°C-Marke katastrophale Folgen für die Menschen haben wird, gibt es immer noch sehr viele Artikel in allen Medien, die dies leugnen. Schaut man genau nach woher diese Aussagen kommen, dann stellt man fest, das es zu 70% die gleichen Think-Tanks in den USA sind, die die Kampagnen zum Bestreiten der Schädlichkeit des Tabakrauchens sowie des Passivrauchens, der Existenz des Ozonlochs, des Sauren Regens und der Gefahren von Asbest durchgeführt haben.

Die „Klimawandel-Leugner“ sind die eine Seite des Problems, wir alle selbst aber die andere Seite.

Da die katastrophalen Auswirkungen erst in 30 bis 50 Jahren auftreten, ist im Zweifel der Verzicht auf liebgegewonnene Gewohnheiten sehr schwer. Auch in der Politik sieht man dies. Hier gibt es zwei Ziele, die als Zukunftssicherung unserer Kinder bezeichnet werden. Das Aufhalten des Temperaturanstiegs und die „schwarze Null“. Seltsamer Weise ist bei der „schwarzen Null“ nie davon die Rede, dass dies sozialverträglich gestaltet werden müsse oder dass man die Leute dort abholen müsse wo sie jetzt stehen. Die Auswirkungen dieser Politik betreffen ja auch im Wesentlichen den Sozialbereich, wo Gelder zur Unterstützung von Bildung oder gegen die Kinderarmut wegfallen. ● MS

Wir agieren gemeinsam

ALW auf Grünem Empfang

Die ALW war am 19. Januar 2020 Gast beim Grünen Empfang in Roßdorf. An erster Stelle stand das Kennenlernen der künftigen Partner*innen. Die Gespräche gingen schnell um soziale Ungerechtigkeiten, Generationen übergreifendes Miteinander, Kindertagesstätten, Schulen und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Der zunehmende Hass und Rassismus führten zu angeregten Diskussionen. Nicht zuletzt waren die anstehende Mobilitätswende, Schutz von Klima und Umwelt und die Agrarwende hin zu ökologischen Landbau Gesprächsthemen. Fazit: ALW und Bündnis 90 / Die Grünen passen menschlich und sachlich gut zusammen. ● HLP



Auf dem Bild: Bastian Pohl, Dr. Barbara Pohl, Birgit Becker, Heinz-Ludwig Petri, Martin Möllmann von der ALW und Simone Brodrecht, Torsten Leveringhaus (Landtagsabgeordneter) von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Das Grundgesetz – maßgebend für unser Denken und Handeln

Der Hass von rechts hat uns bewogen, an die ersten 4 Artikel zu erinnern:

Artikel 1

- Die Würde des Menschen ist unantastbar...
- Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt...

Artikel 2

- Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt ...
- Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich ...

Artikel 3

- Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- Männer und Frauen sind gleichberechtigt ...
- Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4

- Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

...

Mitglieder von ALW und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Termine

28. März 2020 10.00 Uhr Gemarkungsgang ab Sportplatz in Braunshardt

31. März 2020 um 19.15 Uhr Öffentliche Fraktionssitzung der ALW Rathaus Sitzungszimmer 3. Stock

2. April 2020 um 19.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung im Rathaus

7. Mai 2020 um 19.15 Uhr Öffentliche Fraktionssitzung der ALW Rathaus Sitzungszimmer 3. Stock

Anfang Mai 2020 DADINA informiert über die Straßenbahn Weiterstadt – Bitte Hinweise in den Medien beachten

12. Mai 2020 um 19.15 Uhr Öffentliche Fraktionssitzung der ALW Rathaus Sitzungszimmer 3. Stock

14. Mai 2020 um 19.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung im Rathaus

18. Mai 2020 um 19.30 Bürgerversammlung Weiterstadt im Bürgerzentrum

19. Mai 2020 um 19.15 Uhr Öffentliche Fraktionssitzung der ALW Rathaus Sitzungszimmer 3. Stock

20. Mai 2020 um 19.00 Uhr Beirat zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung im Rathaus

Impressum

Knackpunkt

Ausgabe 77 – 3/2020

V.i.S.d.P.:

Gunter Wächter

Schulstraße 31

64331 Weiterstadt

Redaktion:

Heinz Günther Amend (HG), Birgit Becker (BB),

Simone Brodrecht (SB), Matthias Geertz (MG),

Martin Möllmann (MM), Heinz-Ludwig Petri (HLP),

Dr. Barbara Pohl (BP), Michael Slomka (MS)

Fotografien/ Zeichnungen:

Heag mobilo, ALW,

Bündnis 90 / Die Grünen

Gestaltung:

Leopold Lenzgeiger

Gedruckt auf 100% recyceltem

FSC®-zertifiziertem Papier

ALW transparent
ökologisch
sozial

Alternative Liste Weiterstadt

Mehr und die ausführlichen Textbeiträge dieser Ausgabe des Knackpunktes auf www.alw-weiterstadt.de und www.gruene-dadi.de/kreisverband